

Tarifrunde im Öffentlichen Dienst

WARNSTREIK!

Völlig unzureichendes Angebot

In der zweiten Verhandlungsrunde der Tarif- und Besoldungsrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen haben die Arbeitgeber nach langem Vorlauf ein völlig unzureichendes Angebot auf den Tisch gelegt: Neben einem Inflationsausgleichsgeld ist eine tabellenwirksame Erhöhung von drei Prozent Ende 2023 und zwei Prozent Mitte 2024 bei einer Laufzeit von 27 Monaten vorgesehen. Ein Mindestbetrag als soziale Komponente insbesondere für die unteren Entgeltgruppen wurde abgelehnt. Ihr Angebot knüpfen sie zudem noch an Zugeständnisse einzelner Berufsgruppen: Beschäftigte der Sparkassen sollen ein Sonderopfer erbringen. Für Beschäftigte der Krankenhäuser sollen Gehaltsabsenkungen über einen Zusatzvertrag ermöglicht werden. Das ist inakzeptabel! Nach den Streiks und Aktionen der letzten Wochen gilt es daher den Druck zu verstärken, damit die Arbeitgeber endlich ein ernst zu nehmendes Angebot in der dritten Verhandlungsrunde vorlegen. Die dritte Verhandlungsrunde findet vom 27. bis 29. März 2023 in Potsdam statt.

Wir fordern vom Bund und den Kommunen (VKA):

- Steigerung der monatlichen Tabellenentgelte um 10,5 Prozent, mindestens jedoch um 500 Euro im Monat
- Auszubildende, Studierende und Praktikant*innen sollen 200 Euro mehr im Monat erhalten
- Laufzeit: zwölf Monate
- unbefristete Übernahme der Auszubildenden nach erfolgreicher Ausbildung

Wir rufen daher Tarifbeschäftigte, Auszubildende, Praktikant:innen und Studierende der Landeshauptstadt Stuttgart und bei den Städten und Gemeinden sowie den Landratsämtern im Landkreis Böblingen, Ludwigsburg sowie Rems-Murr

am Mittwoch, dem 08.03.2023, ganztägig zum Warnstreik auf!

15:30 Uhr: Streikgelderfassung und Streikversammlung auf dem Marktplatz (Stgt)
16:30 Uhr: Kundgebung und anschließende Demonstration

Die Anweisungen der Streikleitung sind zu befolgen!

